

Fall Steinbach schwelt weiter  
Der Klügere gibt nach

Frank Stenglein

Manche Konflikte lassen sich aussitzen, andere nicht. Der seit Jahren schwelende Fall Erika Steinbach gehört zur letzteren Kategorie und schaukelt sich gerade zum ersten Großstreit der neuen Koalition auf. Was tun? Einerseits ist es normal, dass der Bund der Vertriebenen seine Präsidentin in den Beirat jener Stiftung entsenden will, die dem Andenken und der seriösen Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung dienen soll. Eine Stiftung, die es im Übrigen ohne Steinbach und den verstorbenen SPD-Politiker Peter Glotz gar nicht gäbe. Andererseits ist Steinbach vor allem in national-polnischen Kreisen verhasst. Teils hat sie dies durch frühere undiplomatische Äußerungen selbst besorgt, teils wird sie in der polnischen Innenpolitik von den dortigen Rechten auch gnadenlos instrumentalisiert. Sicher: Eigentlich geht es Polen nichts an, wenn Deutschland in eine Stiftung entsendet, zumal die CDU-Politikerin schließlich keine Extremistin ist. Es wäre jedoch fatal, würde das Versöhnungsprojekt gleich zu Beginn belastet. Am besten wäre es deshalb, Steinbach würde nach dem Motto verfahren: „Der Klügere gibt nach“ – und verzichtet.

Welternährungsgipfel  
Beten allein hilft nicht

Silke Hoock

Niemand aus der Runde der führenden Industrienationen (G8) – bis auf den gastgebenden Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi – ist nach Rom gereist. Angela Merkel nicht, Nicolas Sarkozy nicht, und Barack Obama ist in China. Dabei soll es beim Welternährungsgipfel, der am Sitz der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) stattfindet, doch um die Bekämpfung des Hungers in der Welt gehen. Aber das Fernbleiben der Politiker ist auch ein Bekenntnis. Nämlich dazu, welchen Stellenwert sie den Hungernden einräumen. Ihr Anfang des Jahrtausends proklamiertes Ziel, die Zahl der Hungernden von damals noch 840 Millionen Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren, erweist sich als Lippenbekenntnis.

Aktuell hungern eine Milliarde Menschen – vor allem in Asien und Afrika. Alle sechs Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung. Wer angesichts dieser Zahlen und der wachsenden Weltbevölkerung keinen Handlungswillen zeigt, handelt menschenverachtend. Wer das Halbierungsziel erneut beschwört, ist nicht ernst zu nehmen.

Den 60 Staatschefs aus 191 Nationen den Handlungswillen abzusprechen, mögen diese als ungerecht empfinden. Immerhin geißeln sie den Hunger als „Schandfleck“. Immerhin verpflichteten sie sich, Gelder für Entwicklungshilfe in länderspezifische Projekte zu investieren. Immerhin wollen sie die Bauern in den Entwicklungsländern in die Lage versetzen, ihre Produktivität zu erhöhen. Aber leider fehlt es in der gestern gemachten Erklärung an konkreten Zielen und Zahlen. Allein das Problem erkannt zu haben, reicht nicht, um die Menschen satt zu machen. Oder die im Überfluss vorhandenen Lebensmittel gerecht zu verteilen.

Jetzt müssen die Staatschefs den Mut haben, jenen Lebensmittelmultis die rote Karte zu zeigen, die Nutznießer der offenen Märkte sind. Die die armen Länder mit ihren Produkten überschwemmen, den Saatgutmarkt kontrollieren und die Preise kaputt machen. Die in großem Maße Anbauflächen kaufen, um Pflanzen für die Gewinnung von Biodiesel anzubauen. Immer zum Schaden der Kleinbauern, die dringend Hilfe benötigen. Damit sie ihre Produkte wieder in ihrem Dorf verkaufen und davon leben können. 80 Prozent (!) der Hungernden sind Bauern aus Entwicklungsländern.

Papst Benedikt XVI. hat den Gipfel-Teilnehmern die Leviten gelesen. Sie sollen endlich handeln. Selbst der Heilige Vater setzt angesichts des elenden Problems nicht mehr allein auf die Kraft des Gebets.

ZAHL DES TAGES

600

lokale Bündnisse für Familien gibt es bundesweit. Ziel der Bündnisse ist es, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

VOR DEM KLIMAGIPFEL IN KOPENHAGEN

König ohne Land

Obamas Klima-Wende hängt im Kongress fest. Warum sich das Warten lohnen könnte

Jürgen Polzin

Washington. 15 Dollar kostet das Shirt, und es hängt an vielen Ecken in Washington. „Nope“ prangt da unter dem Porträt Barack Obamas. Früher stand dort „Hope“. „Nope“ bedeutet übersetzt ein schnodderiges „Nö“. Es ist der neue Sinnspruch der Republikaner, das Textil gewordene Misstrauen gegenüber einem Präsidenten, der nun mitten in den schwersten innenpolitischen Schlachten steht. Eine davon heißt Klimaschutz. Nur noch 20 Tage bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen, und wieder sind die USA die „bad guys“ der globalen Umweltpolitik. Es sei unrealistisch, ein international bin-

»Europa sollte nicht mit den Fingern auf andere zeigen«



Schlüsselfrage im Klimaschutz: US-Präsident Obama im Gespräch mit chinesischen Studenten. Foto: rtr

dendes Abkommen bis zum Beginn der Gespräche in der dänischen Hauptstadt ausarbeiten zu können, sagte Obamas Klima-Unterhändler Michael Froman. Eigentlich sollte in Kopenhagen fix und fertig ausgehandelt werden, welche Regeln im Klimaschutz gelten, wenn Ende 2012 das Kyoto-Protokoll ausläuft. Ohne ein Folgeabkommen wäre Klimaschutz schon in Kürze nicht mehr völkerrechtlich verbindlich, sondern freiwillig. Es blieb nicht die einzige kalte Dusche für Klimaschützer. Auch China will die Verhandlungen vertagen. Japan und 18 weitere Mitgliedsländer des asiatisch-pazifischen Wirtschaftsforums schlossen sich an. „Zwei Schritte, ein

Abkommen“ heißt nun die Strategie: Kopenhagen soll lediglich in einer politischen Erklärung den Rahmen weiterer Verhandlungen festlegen. Im kommenden Jahr könnte der eigentliche Klimavertrag besiegelt werden.

„No, we can't“

„No, we can't“ heißt es derzeit in Washington. Noch hängt im Kongress ein Energie- und Klimaschutzgesetz fest. Im Sommer nahm das Repräsentantenhaus den Entwurf der Demokraten Henry Waxman (Kalifornien) und Edward Markey (Massachusetts) an. Ein zweiter Entwurf wird nun im Senat diskutiert. Dort aber braucht ein Gesetz

eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Dort stimmen selbst demokratische Senatoren gegen Klimaschutz, weil in ihren Wahlkreisen Kohle, Autos oder Stahl die Jobs sichern.

Die Krux ist die: Ohne Klimagesetze in den USA will China seinerseits keine Auflagen akzeptieren. Aus Gründen der Gerechtigkeit, heißt es: Statistisch entfallen auf einen Chinesen vier Tonnen Kohlendioxid, auf einen US-Bürger 20 Tonnen.

Gleichzeitig aber können die USA in Kopenhagen nichts unterschreiben, ohne dass zuvor der Kongress zugestimmt hat. Obamas Klima-Wende, sie hängt fest.

Scheitert also Kopenhagen, ehe die Konferenz begonnen

hat? In den politischen Denkfabriken Washingtons wirbt man um Verständnis für die USA. „Europa sollte nicht mit den Fingern auf andere zeigen“, meint Joe Bluestein, Präsident des „Energy and Environmental Analysis“. Die USA würden schon bald „durchstarten“. Obama könne nicht in weniger als einem Jahr die Versäumnisse eines Jahrzehnts aufholen, sagt Alexander Ochs, Klimaexperte beim Worldwatch Institut.

Revolutionen

Was in Europa kaum Beachtung gefunden hat: In beiden Gesetzentwürfen stecken aus US-Sicht Revolutionen. Die Einführung des Emissionshandels mit zumindest langfristig anspruchsvollen CO<sub>2</sub>-Sparzielen, strenge Verbrauchs-Obergrenzen für Autos, Energiespar-Programme für Häuser und Gebäude, der Ausbau erneuerbarer Energien. Der Rest ist Pokern: Möglich ist, dass sich die Republikaner ihr Ja zum Klimaschutz durch Atomenergie und Ölbohrungen vor der Küste bezahlen lassen.

Gewinnt also der US-Kongress wertvolle Zeit, wenn sich Kopenhagen vertagt? „Nicht unbedingt“, glaubt Michael Mehling, Präsident des Ecologic Instituts in Washington. Ende 2010, zur Halbzeit in Obamas Amtszeit, finden die nächsten Wahlen statt. Schon im April beginne der Wahlkampf. Ein Thema haben die Republikaner jetzt schon: Klimaschutz koste Jobs.

„Eine Frage des Überlebens“

Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) appelliert an die USA

Essen. Umweltminister aus 44 Ländern haben am Montag in Kopenhagen einen letzten Anlauf unternommen, um die festgefahrenen Verhandlungen über ein neues Klimaschutzabkommen wieder in Gang zu bringen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sagte am Rande der zweitägigen Gespräche, er spüre einen „starken Willen“ der Teilnehmer, den Weltklimagipfel zu einem Erfolg werden zu lassen.

Zuvor hatte Röttgen einen dramatischen Appell an die USA gerichtet. „Es gibt keine Alternative zum Erfolg. Und

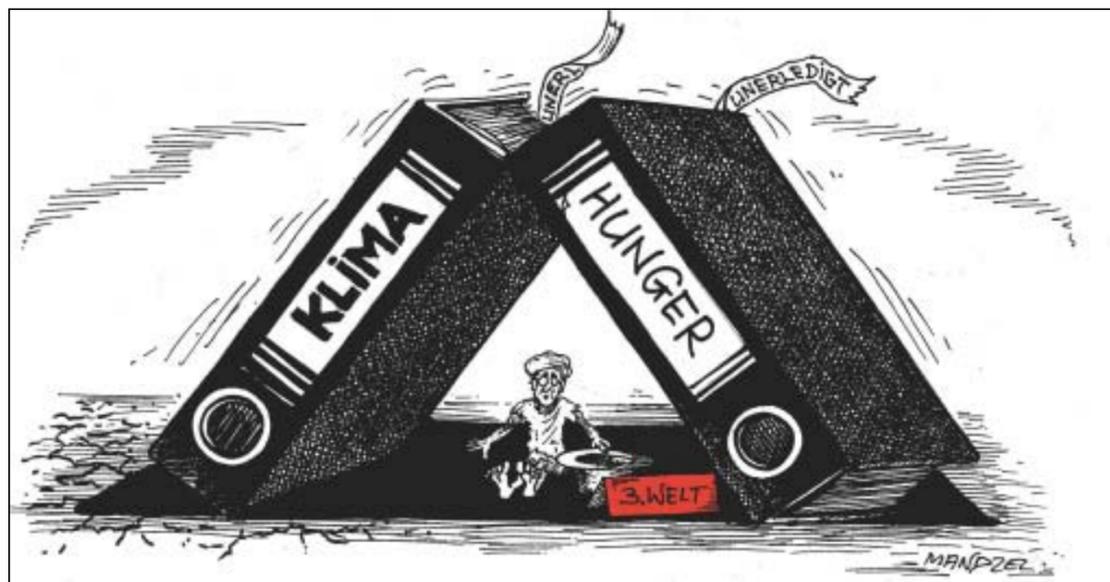
ein Teil des Erfolgs ist, dass alle dabei sind. Dazu gehören zwingend auch die USA“, sagte der Minister in einem Interview mit dem „Focus“. In Kopenhagen müsse zwingend ein neues Klimaschutzabkommen geschlossen werden. Bei der UN-Konferenz vom 7. bis zum 18. Dezember gehe es „nicht um abstrakte Expertendiskussionen“, sondern um eine Schicksalsfrage: „Es ist eine existenzielle Frage: Überlebt unser Planet oder geht er bald unter?“ so Röttgen.

Dänemark, Gastgeber der Verhandlungen, strebt nach den jüngsten Rückschlägen

nun den Abschluss einer verbindlichen Vereinbarung bis Ende 2010 an. Womöglich könne im Dezember kommenden Jahres ein international rechtlich bindendes Abkommen zu Stande kommen, sagte die dänische Energieministerin Connie Hedegaard „Aber es hängt davon ab, wie weit die Staaten bei den kritischen Themen zu gehen bereit sind“, schränkte sie ein.

Die nächsten internationalen Klimagespräche nach dem Gipfel in Kopenhagen sind für Mitte 2010 in Bonn und Dezember 2010 in Mexiko geplant.

Im Kernschatten



WAZ-Zeichnung: Waldemar Mandzel

DIE ANDEREN

**Frankfurter Rundschau zu Steinbach**  
Die Stiftung ist vor allem auch ein politischer Erfolg von Erika Steinbach. Sie hat dafür geworben und über Parteigrenzen hinweg Bündnisse geschmiedet. Erika Steinbach und der Bund der Vertriebenen sind nun dabei, die Früchte ihrer Ernte verderben zu lassen. Politischer Krawall scheint ihnen wichtiger zu sein als die Chance auf eine kontinuierliche Entwicklung ihrer Sache.

**Süddeutsche Zeitung (München)**  
Hatten Steinbach und der Vertriebenenbund den Widerstand der SPD noch gelten lassen, nehmen sie den neuen Koalitionspartner und seine Bedenken offenbar nicht für voll.

**Thüringer Allgemeine (Erfurt) zu Hunger**  
Die angemahnten Investitionen in die kleinbäuerliche Produktion in Afrika, Asien oder Lateinamerika werden seit langem blockiert, weil die Interessen der Nordhalbkugel ihnen entgegen stehen.

UNSERE LESER

**Zu „Vom Geschäft mit dem Tod“**  
Ihre Ausführungen über die Berichterstattung vieler TV-Anstalten ist völlig richtig. Aber auch die schreibende Presse hat sich nicht besonders in Zurückhaltung geübt. Der ganze Aufwand um den Tod eines Fußball-Profis war – gelinde gesagt – unverhältnismäßig.  
Heinz Hüllmann, Bochum

Jackson und Enke füllen Stadien mit weinenden Trauernden, die sie persönlich gar nicht kannten. Vier tote Babys in der Tiefkühltruhe sind morgen wieder vergessen.  
Oliver Wienzek, Dortmund

**Zu „SPD-Parteitag in Dresden“**  
Unsere Sozialsysteme sind marode, sie müssen solidarisch neu gestaltet werden. Eine Bürgerversicherung muss her. Besserverdiener müssen mehr und die mit den kleinen Einkommen entsprechend weniger in den Topf zahlen. Das sollte sich die SPD auf die Fahnen schreiben.  
Hans-W. Backs, Herne

GLOSSIERT

So kann man sich irren

Der Wagen hatte auf den ersten Blick nichts Auffälliges. Bis auf die Aufschrift vielleicht. „Easybad“ prangte in Großbuchstaben auf der Seite.

In Zeiten, wo sich jeder kleine Hausmeisterdienst sofort Facility-Management nennt, eigentlich nichts Aufregendes. Und für einen Menschen mit Englischkenntnissen ist die Bedeutung sofort klar. Easy, wissen wir, heißt einfach oder leicht, und bad natürlich schlecht, das kennen wir schließlich von der Bad Bank. Ist das Beworbene einfach schlecht oder beförderte der Firmenwagen etwa leicht verderbliche Ware? Nach einem Kühlwagen sah er nicht aus, war auch nicht groß genug.

Eine rote Ampel erlaubte einen zweiten Blick, und der verriet, dass sich ein Badausstatter dahinter versteckte. Da muss man aber erst mal drauf kommen. Ist das nun ein ganz raffinierter oder ein verunglückter Werbetrick? Gar nicht zu lange drüber nachdenken, sonst wird einem nicht nur leicht, sondern noch ganz schwer schlecht.  
feschk

WAZ WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke

Chefredakteur: Ulrich Reitz  
Stellvertreter: Wilhelm Klümper  
Leitende Redakteure: Thomas Kloß (Chef vom Dienst), Thomas Wels (Wirtschaft).

VERANTWORTLICH: Desk: Lutz Heuken. Innenpolitik: Walter Bau. Außenpolitik: Gudrun Büscher. Nachrichten: Yvonne Szabo. Sport: Reinhard Schüssler. Vermischtes: Ulrich Schilling-Strack. Rhein-Ruhr: Frank Preuß. Kultur/Wochenende: Jens Dirksen. Wissenschaft: Christopher Onkelbach. Berlin: Miguel Sanchez. Dr. Julia Emmrich, Dirk Hautkapp. Düsseldorf: Christoph Meinerz, Theo Schumacher. London: Dr. Jasmin Fischer. Paris: Gerd Niewerth. Rom: Christa Langen-Peduto. Washington: Joachim Rogge.

Reporter: Ralf Birkhan (Sport), Andreas Böhme, Annika Fischer, Lars Ludwig von Gonna (Kultur), Dr. Richard Kiessler (Außenpolitik), Hayke Lanwert, Ulf Meinke (Wirtschaft), Gudrun Norbisch (Kulturhauptstadt 2010), Rolf Potthoff (Politik), Hubert Wolf. Recherche: Dietmar Seher. Technik: Konstanze Vollmer.

Online: WAZ New Media GmbH & Co. KG.  
Chefredakteurin: Katharina Borchert.  
Anschrift der Redaktion: Friedrichstraße 34-38, 45128 Essen. E-Mail: zentralredaktion@waz.de; Internet: DerWesten.de.

Anzeigenleitung und Verantwortlich für Anzeigen: Oliver Notthelfer, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 34, WAZ Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussagesinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Freitag mit rv, TV-Magazin zur Tageszeitung.

Anzeigen und Vertrieb: WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38. Fax 0201 804-2418. Anzeigen: E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de. Vertrieb und Leserservice: 01802 404072\*; Fax: 01802 404082\* (\*6 Cent pro Anruf/Fax aus dem deutschen Festnetz, abweichender Mobilfunktarif). E-Mail: leserservice@waz.de.

Ein Titel der WAZ Mediengruppe  
Verlag: ZEITUNGSVERLAG WESTFALEN GmbH & Co. KG Essen-Dortmund, 45123 Essen, Friedrichstr. 34-38, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841, 44047 Dortmund, Ostenhellweg 42-48, Sammel-Nr. 0231 9573-0.  
Geschäftsführer: Bodo Hombach, Christian Nienhaus.

Verlagsleitung NRW: Dr. Markus Beermann.  
Druck: Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen, Hohensbürgstr. 67.

Für die Herstellung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.